V-72 Afghanistan: Frauen und Mädchen schützen, Menschenrechte verteidigen, Anerkennung der Taliban-Terrorherrschaft stoppen

Antragsteller*in:	Omid Nouripour (KV Frankfurt)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Antragstext

Die Bundesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich weiterhin entschieden für Menschenrechte und Sicherheit der Menschen in Afghanistan ein und lehnen die fortlaufende Quasi-Anerkennung der terroristischen Taliban durch die Bundesregierung konsequent ab.

Vier Jahre nach dem Abzug der internationalen Truppen und seit der Machtübernahme der Taliban herrscht in Afghanistan ein Regime der Angst und Unterdrückung. Frauen und Mädchen werden schrittweise systematisch entrechtet, Bildung und Arbeit werden ihnen verweigert. Regelwerke wie die sogenannten „Laster- und Tugend"- Gesetze drängen sie aus dem öffentlichen Leben und rauben ihnen jede Stimme.

Oppositionelle verschwinden, Folter und öffentliche Hinrichtungen kehren zurück. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist auf humanitäre Hilfe angewiesen, Millionen Kinder leiden unter Hunger und Mangelernährung. Bei dem diesjährigen Erdbeben kamen über 2.200 Menschen ums Leben, Zehntausende verloren ihre Lebensgrundlage. Frauen und Mädchen sind davon besonders stark betroffen: Ihr Zugang zu sicherer Unterkunft, medizinischer Hilfe und psychosozialer Unterstützung ist stark eingeschränkt. Sie sind in besonderem Maße von Vernachlässigung, Ausbeutung und Gewalt bedroht und wurden teilweise nicht einmal geborgen.

Indes macht sich die Klimakrise im ganzen Land breit. Dürren und Überschwemmungen zerstören Ernten und Lebensgrundlagen. Afghanistan gehört zu den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Ländern der Welt, doch das Taliban-Regime hat keinen Willen, den Bedürfnissen der Bevölkerung zu begegnen. Stattdessen werden Repression und Armut ausgeweitet.

Deutschland trägt eine besondere Verantwortung: Der überstürzte Abzug 2021 im internationalen Geleit, das Versagen im Evakuierungsmanagement und die noch immer ausstehende Aufnahme gefährdeter Ortskräfte gefährden bis heute Menschenleben. Gerade letztere sind in Lebensgefahr aufgrund ihrer Unterstützung für die entsandten deutschen Einsatzkräfte. Auch den mutigen Frauen, die sich gegen die Terroristen widersetzen, gebührt unsere besondere Unterstützung. Wir müssen ihre Vorbildfunktion und ihren Mut ehren, anstatt sie durch die Normalisierung eines Terrorregimes weiter zu gefährden.

Während weiterhin Tausende mit von Deutschland erteilten Aufnahmezusagen in Pakistan ausharren, setzt die deutsche Politik auf Abschottung, bürokratische Hürden und Kooperation mit den Taliban. Diese Politik ist nicht nur verantwortungslos, sondern schadet Deutschlands Glaubwürdigkeit und Ansehen in der Welt.Die Bundesregierung sucht gezielt Kontakte zu den terroristischen Taliban. Sie verschleiert dies unter dem Deckmantel sogenannter „technisch-

konsularischer Gespräche“ und missbraucht sie für ihre repressive Abschiebepolitik anstatt sie als Instrument der humanitären Hilfe in Notsituationen zu nutzen. Damit ebnet die Bundesregierung den Taliban den Weg zu diplomatischer Anerkennung. Das ist brandgefährlich.

Diese Praxis läuft auf eine schleichende Normalisierung des terroristischen Taliban-Regimes hinaus und konterkariert jede glaubwürdige Außenpolitik. Eine Flagge der Taliban über der Botschaft in unserer Hauptstadt wäre ein symbolischer Sieg für den Extremismus und ein sicherheitspolitischer Dammbruch mit fatalen Folgen. Denn wer Terroristen normalisiert oder ihnen Legitimität zuspricht, riskiert auch unsere Sicherheit in Deutschland.

Veteran*innen der Bundeswehr bezeichnen die heutigen Kontakte zur Taliban-Terrorherrschaft angesichts der 60 in Afghanistan gefallenen deutschen Soldaten als „Hohn“ ihnen und ihrem Einsatz gegenüber. Die Tatsache, dass das Auswärtige Amt öffentlich erklärt, keine Erkenntnisse über die vom Bundesinnenministerium geführten Verhandlungen mit den Taliban zu haben, wirft ein beunruhigendes Licht auf die außenpolitische Abstimmung innerhalb der Bundesregierung. Chaos ist keine Entschuldigung für Versagen - die Bundesregierung steht in der Verantwortung.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern die Bundesregierung auf:

1. den Schutz von Frauen und Mädchen und ihrer Rechte zur Priorität deutscher Afghanistan-Politik zu erheben,

2. ihre eigenen rechtsverbindlichen Zusagen für ehemalige Ortskräfte und gefährdete Afghan*innen einzuhalten; dazu zählt die sofortige Aufnahme der noch in Pakistan wartenden Menschen.

3. die humanitäre Unterstützung für die Bevölkerung Afghanistans fortzusetzen und auszubauen,

4. die Instrumentalisierung sogenannter “technischer Gespräche” mit Vertretern des Taliban-Regimes, die als Vorstufe zu diplomatischen Beziehungen gelten, zu beenden,

5. jegliche Form der politischen oder institutionellen Aufwertung oder gar Anerkennung des Taliban-Regimes zu unterlassen und auszuschließen.

Begründung

Die Herrschaft der terroristischen Taliban ist ein Angriff auf Menschenrechte, Frauenrechte und internationale Sicherheit. Das Regime unterdrückt systematisch Frauen, verbreitet Angst und Gewalt und bietet internationalen Terrornetzwerken Rückzugsräume.

Die Entscheidung von Bundesminister Alexander Dobrindt, Terroristen im Gegenzug für eine repressive Abschiebepolitik den roten Teppich auszurollen und damit ihre Anerkennung in Kauf zu nehmen, zeigt eine gefährliche Verschiebung politischer Maßstäbe. Eine Normalisierung oder gar Anerkennung der Taliban würde solche Praktiken legitimieren und Extremisten weltweit ermutigen.

Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine Außenpolitik, die auf Werten basiert. Die grüne Bewegung hat sich stets für Menschenrechte, Gerechtigkeit und Frieden eingesetzt. Diese Prinzipien gelten auch in Zeiten von Rechtsruck und geopolitischer Unsicherheit.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit Afghanistan bedeutet, den Menschen beizustehen, die unter der Taliban-Herrschaft leiden, anstatt die Täter zu legitimieren. Die Grünen müssen in ihrer politischen Agenda klarstellen: Wer Terror fördert, Frauen entrechtet und Menschenrechte mit Füßen tritt, kann kein Partner für Deutschland oder die internationale Gemeinschaft sein.

Eine klare Haltung gegen jede Form der Anerkennung der Taliban ist Ausdruck grüner Verantwortung, Solidarität und sicherheitspolitischer Vernunft.

weitere Antragsteller*innen

Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei); Claudia Jung (KV Berlin-Pankow); Magdalena Michalka (KV Berlin-Kreisfrei); Diana de Almeida (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Ulrike Seemann-Katz (KV Ludwigslust-Parchim); Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Martin Kesztyüs (KV Hamm); Matthias Siebert (KV Berlin-Neukölln); Okka Senst (KV Rhein-Hunsrück); Ursula Jäger (KV Hamburg-Eimsbüttel); Sophia Götze (KV Berlin-Lichtenberg); Dennis Keil (KV Hamburg-Mitte); Yvonne Marchewitz (KV Hannover); Annika Schulze Wintzler (KV Hannover); Philipp Schmagold (KV Plön); Manfred Ossenbeck (KV Hamburg-Nord); Natascha Kauder (KV Frankfurt); sowie 39 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.